



## **Newsletter *Gesundheit und Soziales*, 29/2011 vom 16.12.2011**

---

**Stadtticket verlängert**

**Kostenlose Verhütungsmittel für Hartz IV-EmpfängerInnen**

**Kürzung der Städtebauförderung ist unsozial**

**Keine Stiftung, sondern solide Haushaltspolitik**

**Keine Suspendierung von Geno-Chef Hansen**

**Keine weitere Frühchenstation in Bremen**

**Präventive Hausbesuche um ein Jahr verlängert**

**Antrag zur Hospizversorgung jetzt eingereicht**

---

**Stadtticket verlängert**

„Die Bereitstellung von bezahlbarer Mobilität gehört für uns zu den sozialen Verpflichtungen eines Gemeinwesens! Das Stadtticket ist ein großer politischer Erfolg, weil es Bremerinnen und Bremern, die über wenig Geld verfügen, Mobilität und die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht“, betonte die sozialpolitische Sprecherin Susanne Wendland in der Bürgerschaftsdebatte. Deshalb beschloss das Stadtparlament, das Stadtticket dauerhaft fortzuführen. Der rot-grüne Antrag fordert den Senat darüber hinaus auf zu prüfen, was nötig ist, damit das Stadtticket zukünftig besser angenommen wird und ob sein Geltungsbereich erweitert werden kann. Das Stadtticket erhalten Bezieherinnen und Bezieher von Grundsicherung für Arbeitssuchende, Sozialhilfe oder Grundsicherung im Alter sowie Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten und ihren Wohnsitz in Bremen haben.

Den Wortlaut der gesamten Rede der sozialpolitischen Sprecherin Susanne Wendland finden Sie hier:

<http://www.susanne-wendland.eu/2011/12/stadtticket-mobilitat-und-teilhabe-fur-alle/>

**Kostenlose Verhütungsmittel für leistungsberechtigte Frauen!**

„Mit unserer parlamentarischen Initiative wollen wir das Recht auf eine selbstbestimmte Lebens- und Familienplanung und auch auf lustbestimmte Sexualität hervorheben. Das heißt für uns, auch Geringerdienende oder Frauen, die Sozialleistungen beziehen, müssen Zugang zu Verhütungsmitteln haben!“ erklärte die sozialpolitische Sprecherin Susanne Wendland in der Bürgerschaft. Diese

[www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)

beschloss einstimmig auf einen rot-grünen Antrag hin, dass der Senat auf Bundesebene für die Wiedereinführung der Kostenübernahme für Verhütungsmittel durch die Krankenkassen eintreten soll. Seit 2004 erhalten Menschen, die älter als zwanzig Jahre sind und Hartz IV oder Sozialhilfe beziehen, nicht mehr die Kosten für Verhütung von den Krankenkassen erstattet. Außerdem wurde der Senat aufgefordert, alle Möglichkeiten auf der Landesebene auszuschöpfen und rechtliche Prüfungen anzustellen, damit den betroffenen Frauen kostenlose Verhütungsmittel angeboten werden können. Für Bündnis 90/Die Grünen hat diese Aufgabe sozialpolitische Priorität.“

Die vollständige Rede der sozialpolitischen Sprecherin Susanne Wendland finden Sie hier:

<http://www.susanne-wendland.eu/2011/12/kostenlose-verhutungsmittel-als-recht-auf-selbstbestimmte-lebensplanung-und-lustbestimmte-sexualitaet/>

### **Kürzung der Städtebauförderung ist unsozial**

Die Bundesregierung hat die Mittel der Städtebauförderung gekürzt, woraus in Bremen wichtige soziale Projekte unter anderem über die Töpfe „Soziale Stadt“ und „Wohnen in Nachbarschaften“ finanziert werden. Die Fraktionen der Grünen und der SPD haben den Senat mit einer Großen Anfrage nach den Konsequenzen dieser Kürzungen gefragt. In der Debatte um die Antwort des Senats betont Susanne Wendland, sozialpolitische Sprecherin: „Gerade die Investitionen in Quartierbildungszentren, Familienzentren, Bewohnertreffs machen deutlich, wie ganzheitlich Bildungs-, Sozial- und Kulturprojekte mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen bisher zusammengeführt werden konnten. Dieser ganzheitliche Ansatz muss auch weiterhin Grundlage für die Bedarfsermittlung in Quartieren sein. Sozialer Zusammenhalt kann nicht von oben verordnet werden, sondern er zeigt sein Gesicht gerade in den Verbindungen, die zwischen den Menschen in den Stadtteilen entstehen.“

Hier finden Sie die Antwort auf die Große Anfrage:[http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/397/397404.antw\\_grosse\\_anfrage\\_staedtebauforderung.pdf](http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/397/397404.antw_grosse_anfrage_staedtebauforderung.pdf)

und hier den Wortlaut der gesamten Rede der sozialpolitischen Sprecherin Susanne Wendland:<http://www.susanne-wendland.eu/2011/12/verbundene-nachbarschaften-sind-der-kit-fur-sozialen-frieden-in-den-quartieren/>

sowie hier den Bericht über die gesamte Debatte:

[http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/399/399214.die\\_sitzungen\\_im\\_dezember\\_2011.html](http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/399/399214.die_sitzungen_im_dezember_2011.html)

### **Keine Stiftung, sondern solide Haushaltspolitik**

Mit einem Antrag an die Bürgerschaft forderte die Linke die Einrichtung einer Stiftung „Sozialer Zusammenhalt“, die aus Haushaltsmitteln finanziert werden sollte. Dem erteilte die sozialpolitische Sprecherin Susanne Wendland eine klare Absage, denn eine solche Stiftung sei lediglich ein Haushaltstrick: „Verteilungskonflikte innerhalb eines Haushaltes können nur durch konsequente Prioritätensetzungen gelöst werden. Wir Grünen stehen dazu, dass zusätzliche Ausgaben durch Umverteilung im Haushalt möglich sind. Bei gesellschaftlichen Verteilungskonflikten stellt sich uns dringend die Frage, ob der Staat wieder mehr Steuern bei Beziehern hoher Einkommen und Besitzer großer Vermögen erhebt.“ Der Antrag wurde von der Bürgerschaft abgelehnt.

Den Wortlaut der gesamten Rede der sozialpolitischen Sprecherin Susanne Wendland finden Sie hier:

<http://www.susanne-wendland.eu/2011/12/die-konsolidierung-des-haushalts-ist-eine-frage-der-gerechtigkeit/>

### **Keine Suspendierung von Geno-Chef Hansen**

Gleich drei Anträge zum Tod von drei Frühchen und der Infektion von neun weiteren Babys mit Klebsiellen-Erregern im Klinikum Bremen-Mitte beschäftigten die Stadtbürgerschaft. Die Forderung der CDU-Fraktion nach einer sofortigen Beurlaubung von Gesundheit-Nord-Chef Diethelm Hansen lehnten Grüne und SPD ab. Matthias Güldner erklärte dazu: „Es können nicht bereits Beschlüsse darüber gefällt werden, was noch untersucht werden muss. Erst nach einer genauen Überprüfung der Verantwortlichkeiten wird man die notwendigen Schlüsse ziehen müssen.“ Er verwies auf den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, den die Bürgerschaft im November zur Aufklärung des Keimausbruchs am Klinikum Bremen-Mitte eingesetzt hatte und dessen Ergebnissen nicht vorgegriffen werden dürfe.

### **Keine weitere Frühchenstation in Bremen**

Als ebensolchen Vorgriff werteten die Grünen den Vorstoß der CDU, vorübergehend eine weitere neonatologische Intensivstation am Klinikum Links der Weser einzurichten. Dazu Kirsten Kappert-Gonther: „Für die hochkomplexe Behandlung von Level 1-Frühgeborenen braucht es erfahrene Fachleute, neonatologisch spezialisiertes ärztliches und pflegerisches Personal, besondere räumliche Ausstattung und eine ausgeprägte Sorgfalt in der Schaffung dieser Strukturen. Jetzt hoppla-die-hopp Fachleute kurzfristig einzustellen und hochkomplexe räumliche Bedingungen ruck-zuck zu schaffen, von denen wir aktuell gar nicht wissen, ob diese sinnvoll sind und ob sie nicht, je nach den Ergebnissen des Untersuchungsausschusses, wieder abgeschafft werden müssten, das ist krankenhaushistorisch nicht durchführbar. Aber was noch schlimmer ist, es ist medizinisch unverantwortlich!“ Als unverständlich beurteilt Kappert-Gonther die Forderung der Linken nach einer dauerhaften Einrichtung eines zweiten neonatologischen Standortes in Bremen, unabhängig von den Ergebnissen des Untersuchungsausschusses. „Nach unserem Verständnis untersucht man doch einen Sachverhalt, damit man anschließend daraus seine - hoffentlich sinnvollen - Schlüsse ziehen kann!“

Noch bedenklicher findet Kappert-Gonther die Behauptung der Linken, Bremen brauche einen zweiten neonatologischen Standort für die *wohnnaher Versorgung der Bevölkerung*. „Natürlich ist die wohnortnahe medizinische Versorgung der Bevölkerung sinnvoll und notwendig. Aber die Geburt eines Kindes unter 1250g ist – zum Glück - eine absolute Seltenheit. Eigentlich müssten der Linken die Empfehlungen des Gemeinsamen Bundesausschusses über die Maßnahmen zur Qualitätssicherung der Versorgung von Früh- und Neugeborenen bekannt sein. Danach sind die neonatologischen Intensivstationen so zu konzentrieren, dass mindestens 30 Fälle pro Jahr behandelt werden und somit auch die Erfahrungen und das pflegerisch-und medizinische Know-How konzentriert vorliegen. Richtig ist es, nach den tragischen Ereignissen auf der neonatologischen Intensivstation im KBM die vorliegenden Strukturen auf den Prüfstand zu stellen, sorgfältig und exakt hinzugucken und dann gemäß der Ergebnisse eine seriöse Entscheidung zu treffen – und zwar genau zur Sicherstellung der Versorgung Frühgeborener Kinder in Bremen!“

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss „Krankenhauskeime“ hat für den 19. Dezember um 14.30 Uhr Prof. Dr. Egbert Herting eingeladen. Der Direktor der Klinik für Kinder- und Jugendmedizin des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein in Lübeck und Präsident der Gesellschaft für Neonatologie und pädiatrische Intensivmedizin wird einen Überblick über die gesundheitliche Situation und medizinische Versorgung von Frühgeborenen in Deutschland geben. Die Sitzung ist öffentlich, Einlasskarten können unter der Telefonnummer 361 4555 reserviert werden.

### **Präventive Hausbesuche um ein Jahr verlängert**

Die präventiven Hausbesuche bei alten Menschen in den beiden Modellgebieten Hemelingen und Obervieland sollen bis Ende 2012 verlängert werden. Das auf Initiative der Grünen gestartete Projekt soll alte Menschen ins gesellschaftliche Leben zurückholen, wenn sie es wollen, und ihnen soziale Kontakte sowie Beratungs- und Hilfsangebote vor Ort vermitteln.

Die Pressemitteilung im vollen Wortlaut: [http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/398/398879.praeventive\\_hausbesuche\\_um\\_ein\\_jahr\\_verl@de.html](http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/398/398879.praeventive_hausbesuche_um_ein_jahr_verl@de.html)

### **Antrag zur Hospizversorgung jetzt eingereicht**

Für unseren Antrag zur Hospiz-Versorgung in Bremen haben wir inzwischen auch die Zustimmung unserer Koalitionspartnerin erhalten, so dass er jetzt auf der Tagesordnung der nächsten Stadt-Bürgerschaft steht.

Den Antrag im (etwas geänderten) Wortlaut finden Sie hier:

[http://www.bremische-buergerschaft.de/drs\\_abo/Drs-18-175\\_133.pdf](http://www.bremische-buergerschaft.de/drs_abo/Drs-18-175_133.pdf)

### **Ansprechbar für Nachfragen:**



Doris Hoch, gesundheitspolitische Sprecherin (Land)  
[doris.hoch@gruene-bremerhaven.de](mailto:doris.hoch@gruene-bremerhaven.de)  
(Tel.: 0421/3011-210/248)



Kirsten Kappert-Gonther, gesundheitspolitische Sprecherin (Stadt)  
[Kirsten.Kappert-Gonther@gruene-bremen.de](mailto:Kirsten.Kappert-Gonther@gruene-bremen.de)  
(Tel.:0421-3011-165)



Susanne Wendland, sozialpolitische Sprecherin  
[Susanne.Wendland@gruene-bremen.de](mailto:Susanne.Wendland@gruene-bremen.de)  
(Tel.:0421/3011-171)



Dirk Schmidtman, alten-, pflege- und behindertenpolitischer Sprecher  
[Dirk.Schmidtman@gruene-bremen.de](mailto:Dirk.Schmidtman@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 0421/3011-233)



Janne Müller, Parlamentsreferentin für Soziales, Alten- u. Behindertenpolitik  
[Janne.Mueller@gruene-bremen.de](mailto:Janne.Mueller@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 0421/3011-241)



Andrea Quick, Parlamentsreferentin für Frauen, Gesundheit, Wissenschaft  
[Andrea.Quick@gruene-bremen.de](mailto:Andrea.Quick@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 0421/3011-252)

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* keine Haftung.

Zum Abmelden des Newsletters führen Sie folgenden URL im Browser aus:

<http://mail.gruene-mail.de/mailman/listinfo/gesundheit.soziales-bremen>